

Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Zeile für 20 Goldpfennig, für 40 Goldpfennig

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Druckort: Duisburg, Stapelhof 17. Fernruf 3367. Schluss der Redaktion: Freitag morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 11

Duisburg, den 14. März 1925

26. Jahrgang

Arbeiterschaft und Kultur

II.

Als die bürgerliche Gesellschaft im Zenith ihres Ruhmes stand, ging sie daran, eine eigene „Kultur“ zu schaffen. Aber da sie nicht viel innere Werte in die Gleichung einsehen konnte, legte sie Geld und Zahlen in die Waage, wägend, daß man damit doch wohl ein neues Menschheitsideal zusammenbrauen könnte. Aber sie schuf statt Gemeinamkeit den Menschen der Nur-Konkurrenz, schuf statt Gerechtigkeit und Nächstenliebe extreme Freiheit des einzelnen und proklamierte das Recht des Stärkeren als Prinzip. Sie hielt sich ihre Philosophen von Hegel über Feuerbach zu Nietzsche, die begründen mußten, was sie sich längst als Lebenspraxis angewöhnt hatte. Wie am Ende der bürgerlichen Gesellschaft und gewissermaßen als ihr Symbol der „Übermensch“ Nietzsche steht, so geht eine direkte Linie von Marx bis zu dem kommunistischen Individualisten Lenin. In Nietzsche und Lenin ist der Geisteskreis der kapitalistischen Zeitepoche geschlossen und ihre nahe Lagerung zeigt auch, daß zwischen kapitalistischem Geist und sozialistisch-marxistischer Idee nur ein Unterschied des Grades, aber nicht des Inhaltes ist.

Es bedurfte keiner Prophezeiung, daß der Menschheitswagen, der von zwei solchen Pferden gezogen wurde, aus dem Gleise geworfen werden mußte. Weltkrieg und Revolution sind der furchtbare Beweis für diese Tatsache.

Daß Religion und Christentum in einem solchen Chaos sich nicht voll auswirken konnten, lag nicht an diesen beiden Heilkräften, sondern am „Geist der Zeit“, der, um seine Ziele zu erreichen, mit Religion und Christentum in seinem eigenen Interesse aufräumte zu müssen glaubte, denn nur diese waren seiner Selbstsucht und seiner Gewinn gier sehr gefährlich, und deshalb mußten sie soweit als möglich aus den Herzen der Menschheit herausgerissen werden. Der marxistische Sozialismus, gewohnt geistige Handlangerdienste der freidenkerisch-bürgerlichen Anschauung zu leisten, stellte bereitwillig Annoncenmacher, Parteihauptlinge und Gewerkschaftssekretäre in diesen Dienst für die sogenannte „Freiheit und Vernunft“, proklamierte aber nebenbei die „religiöse Neutralität“.

So mußte der Geist des 19. Jahrhunderts sterben an dem Gift, das ihm seine Erzeugerin, die französische Revolution, mit ihrem Gotteshaß und ihrer Unfreiheit, Ungleichheit und Unbrüderlichkeit eingepflichtet hatte.

Wir stehen vor den Trümmern und sollen neu aufbauen! Können diejenigen die Kraft dazu besitzen, die das 19. Jahrhundert auf die Bahn des Verderbens zogen, der bürgerliche kapitalistische Geist und die sozialistische Idee?

Die Antwort darauf liegt jedem vor Augen! Jetzt ist die Stunde der christlichen Arbeiterbewegung und des heiligen Geistes gekommen! Was kann die christliche Arbeiterbewegung bieten? Welche Faktoren kann sie in die Waagschale werfen?

Die christliche Arbeiterbewegung will in ihren Kulturbestrebungen alle Gebiete umfassen, sie kann an der Technik ebensowenig vorbeigehen, wie an der „Kapitalisation“ und an der Neuschaffung weltlicher Werte. Sie will aber den Strich ziehen zwischen dem Tatsächlichen und den Triebkräften. Keine wahre Kultur ist Gegenstand des echten Fortschrittes, im Gegenteil, sie wird alle ihre Kräfte anspannen, um Verwendendes zu gestalten und Gewordenes vorwärts zu treiben. Sie wird nicht steril bleiben und auf dem einmal erarbeiteten Gute wie auf der Varenhaut sich zur Ruhe legen.

Gerade deshalb wollen wir als Arbeiter die Verrückung der Technik; wir wollen Qualitätsware und Qualitätsarbeit und wir wissen, daß ohne persönliche Initiative des Einzelnen, sei er Arbeiter oder Unternehmer, der Sumpf des Erschlaffens und der Faulheit kommt. Wir lehnen also die technisch-organisatorischen Erregenschaften nicht ab, sondern wollen sie mit vervollkommen helfen.

Aber — und das ist der fundamentale Unterschied unserer christlichen Arbeiterkultur zur „Kultur“ der kapitalistischen Epoche — wir wollen den Fortschritt nicht um des Fortschrittes willen, wir wollen, daß seine Güter allen zugute kommen. Wir wollen auch keinen Fortschritt nur um die Begehrlichkeit anzukasteln; wir wollen keinen aufgeschaukten, reklamehaften Fortschritt in Industrien, die Entbehrliches zu Unentbehrlichem heraufschrauben wollen und durch fettes Einhämmern an Plakatsäulen und in den Zeitungen den Geist vieler unnücheln. Was dient den Menschen, was führt ihn höher, so ist die Frage nach dem Fortschritt in technisch-organisatorischer Beziehung zu stellen.

Ebensowenig werden wir auf die Kapitalkräfte verzichten können. Aber wir müssen sie umwerten aus dem Nur-Dienst für die Einzelpersonlichkeit in den Dienst der Gesamtheit. Nicht dadurch, daß wir Sozialisierungsrummel machen. Dadurch können wir nur vom Regen in die Traufe. Wir wollen das Kapital mitbeherrschen — aber nicht für Sonderzwecke — sondern um in hunderttausend Kanäle wirtschaftlicher und kultureller Notwendigkeiten zu hinkübeln für Genossenschaften, seien es Produktiv- oder Konsumgenossenschaften, für die Schulung der Arbeiterschaft, für die Erziehung des kommenden Geschlechtes, für Heimkultur,

zur Stärkung der gewerkschaftlichen Organisationen. Deshalb gründen wir Banken, betreiben wir Fabriken, regeln den Warenverkehr mit und schaffen eine eigene Presse.

Aber — und das ist wieder der Unterschied unserer Auffassung zur Ansicht des Kapitalismus — alles soll sich einem sittlichen Zweck unterordnen. Die Grenze unserer Haltung wird bestimmt nicht durch die Menge des zur Verfügung stehenden Kapitals, sondern durch die sittliche Pflicht gegenüber der Gesamtheit.

Wir werden keine Kultur schaffen können ohne Mitarbeit an diesen Realitäten des Lebens, aber sie sind nicht das alleinige Fundament der neu zu schaffenden Kulturrepoche, denn sie wird letztlich bestimmt durch den Geist, der in ihr waltet und nicht durch wirtschaftliche Verhältnisse.



Der erste Reichspräsident Friedrich Ebert †

Nach kurzer Krankheit ist der erste Reichspräsident des Deutschen Reiches, Friedrich Ebert, im rüstigen Alter von 64 Jahren verstorben. Er wurde am 4. Februar 1871 als Sohn eines Schneidemeisters zu Heidelberg geboren und erlernte nach Besuch der dortigen Volkshochschule das Sattlerhandwerk. In den verschiedensten Städten, Bremen, Braunschweig, Frankfurt, Verdring, Eberfeld, Mannheim, Karlsruhe, München, Kassel, Hannover usw., war er als Sattlergehilfe tätig. In Hannover trat er dem sog. Sattlerverband bei und beteiligte sich in der Folge für diesen eifrig als Werber. Die Betätigung in der freien Gewerkschaftsbewegung führte ihn auch zur politischen Sozialdemokratie. 1891 trat er in die Redaktion der sozialistischen „Bremser Bürgerzeitung“ ein und wurde 1909 sozialdemokratischer Parteisekretär in Bremen. 1905 wurde er Parteimitglied der sozialdemokratischen Partei und Sekretär der Hauptparteileitung. Nach Bebels Tode wurde Ebert im Jahre 1913 zum Vorsitzenden der Partei, nachdem er im Jahre vorher, vom Wahlkreis Eberfeld-Barmen erstmalig in den Reichstag gewählt war. 1918 bestimmte ihn die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zum Vorläufigen Reichspräsidenten. Ende Oktober 1922 beauftragte die Reichstagsmehrheit Ebert, das Reichspräsidentenamt bis 1925 weiter zu führen, unter Ablösung des Provisoriums, zugunsten einer definitiven Regelung. Kurz vor Ablauf seiner Amtsperiode folgte der Tod seinem Wirken ein Ende.

Der erste deutsche Reichspräsident ist nicht mehr. Was er bedeutete, wird wohl eine spätere Zeit erst zu würdigen wissen. Er war ein ganzer Mann und hat auf dem hohen Posten, auf den die Wirren der Zeit ihn stellten, in schwersten Stunden mit Pflichttreue, mit vornehmen Takte und kluger Zurückhaltung gewirkt. Mit Ebert wurde, und das ist für die ganze Arbeiterschaft bedeutungsvoll, der erste Arbeiter auf den höchsten Posten des Reiches gestellt. Ebert hat den Beweis erbracht, daß auch deutsche Arbeiter solchen Wirkens fähig sind. Als Christen stehen wir erschüttert an seinem stillen Grabe und bitten unsern Herrgott, daß er ihm ewigen Frieden geben möge.

R. I. P.



Es kann keine Kultur bestehen ohne feste sittliche Normierung. Wie sich Zeitalter und Menschheit zu ihr stellt, wie sie Mensch und Menschenwert einschätzt, wie sie sich zu den großen Aufgaben der Gemeinamkeit stellt, gibt den Wegweiser zur Kultur oder Unkultur.

Unsere christliche Arbeiterkultur will die Kultur des Menschen. Das ist aber nicht Kultur der Persönlichkeit, Erporheben der Person ins „Jenseits von Gut und Böse“, nicht der extreme Individualismus, dessen Vereinigung mit den Kapitalkräften jene furchtbare Gesellschaftsexplosion des 19. Jahrhunderts schuf, wir wollen den Menschen übergeordnet wissen über alle materiellen Mächte; er, sein Leben, seine Existenz, seine Gesundheit, sind mehr wert als der Kreislauf der Spekulation und die Arbeit einer Maschine. Aber über dem Recht des Einzelmenschen steht der sittliche Gedanke und seine Pflicht gegenüber Volk und Menschheit.

Vom Menschen zur Familie ist nur ein Schritt. Auch die Familie unterlag früher den Wechselwirkungen der Konjunktur. Frauen und Kinder mußten den Weg zur Fabrik machen und zerstörten dadurch das Familienleben. Die Frau und Mutter gehört ins Haus und nicht in die Fabrik. Sie ist Schützerin und Wächterin im Haus, Seelsorgerin für das heranwachsende Geschlecht. Von ihr hängt es ab, ob ein Heim „gemütlich“ wird oder nicht. Hat die vergangene Periode etwas zur Aufklärung der Arbeiterkinder nach dieser Seite hin getan? Aus dem Fabrikbetrieb vielfach weggeheiratet, zeigte sie sich der Verantwortung als Hausfrau nicht immer bewußt. War das vielleicht die Schuld der Arbeiterkinder?

Von der Familie bis zur Nation sind nicht viele Schritte; aber in diesen Schritten liegt für das deutsche Volk die Schwierigkeit. Wir müssen uns erst zur Nation erheben. Dazu bringt die christ-

liche Arbeiterschaft wiederum die unerföhlige Grundidee mit: Zuerst die Nation, dann der Stand und der Einzelne. Die Rechte der Einzelnen (das Bewußtsein ausgenommen) haben sich immer zu orientieren nach den Rechten der Gesamtheit. Um eigene Interessen zu erreichen, darf keiner gesamtgesellschaftliche Maßnahmen weder wirtschaftlicher noch gesellschaftlicher Art ergreifen. Das ist der schwerste Weg, denn er paßt nicht in unseren Eigennus hinein und erst wenn wir diesen überwunden haben, sind wir auf dem Weg der Nation.

Wir haben mit den Arbeitsgemeinschaften begonnen und begrüßen in ihnen den Anfang eines Gemeinschaftsgeistes; ob er sich durchsetzen wird, liegt nur an denjenigen, die die Arbeitsgemeinschaften schufen.

Können zur Stärkung des nationalen Gedankens der kapitalistische Geist und die sozialistische Idee beitragen? Beides sind kräftige Auswirkungen eines egoistischen Klassenstandpunktes, in dessen Beschrei der Wert der Nation untergeht. So kommt es, daß der einen Seite internationale proletarische Zusammenhänge und der anderen internationale Kapitalzusammenhänge wertvoller erscheinen, als Vaterland und Heimat.

Nation ist durchgeistigere erweiterte Heimat. Wir kommen nicht zur Liebe der Nation, wenn nicht die Heimatliebe da ist. Aber ist das denn Heimat, dieses enge, zusammengewürfelte Weiteinanderhocken in Mietkasernen, soll da Heimatgefühl erwachsen? Wo ist das Stückchen Land, das ich liebe, wo mein trautes Heim, nach dem ich mich sehne? Das ist soviel an wirklichem nationalen Sinn versunken ist in den unteren Schichten, war nicht ihre Schuld. In den letzten Jahren ist durch die Wohnungskultur vieles zum Erstarken echten volklichen Geistes geschehen. Wäre das ohne die gewerkschaftliche Arbeit erreicht worden?

Die christliche Arbeiterkultur muß erst noch zeigen, was sie leisten kann. Wenn echte Kultur bedingt ist durch waltende sittliche Kräfte, dann mag aus den weltlichen Tiefen der Arbeiterschaft die blaue Blume eines neuen Lebens hervordringen. Das Zeitalter der Bourgeoisie zeigt mit vollen Händen auf seine technischen Errungenschaften, wie „früher alles besser war“ und die Menschen, geneigt, nur das Äußere zu sehen und die inneren verderblichen Kräfte zu verkennen, glauben nur zu leicht in der Fortführung jener „Kultur“ Sicherungen für die Zukunft zu haben.

Die alte bürgerliche Kultur reicht mit starken Quadern noch hinein in die sogenannte neue Zeit. Was falsch und schlecht an ihr war, muß die Arbeiterkultur verwerfen, was gut war, wird sie einfügen müssen in ihren Bestand.

Ein bedeutungsvolles Ziel

Von Hubert Schmitz, Essen.

Allenthalben im Lande begegnet man gegenwärtig einer wohlbedachten eifrigen Propaganda zur Anregung und Belebung des Sparwesens. Mehr oder weniger künstlerische oder sinnige Plakate an öffentlichen Plätzen, mehr oder weniger inhaltreiche Zeitungsnotizen und Inserate sollen da für die Hinterlegung der Spargelder bei den kommunalen und Kreis Sparkassen anregen und werben. Dabei ist deutlich das Bestreben erkennbar, auch bei den kleinen und kleinsten Sparern wieder das Vertrauen zur Anlage der Gelder bei den Sparkassen zurückzurufen. An sich gewiß ein löbliches Beginnen.

So gewinnt aber auch für die weitesten Kreise der Arbeitnehmer die Frage des Sparens und der Geldanlage eine ganz besondere Bedeutung. Zur rechten Zeit hat Stegerwald als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes auch diese Bedeutung klar und deutlich herausgestellt: „Durch Pflege des Sparwesens können wir uns in den kommenden Jahren zu den besten 70 Prozent des deutschen Volkes bloße Gehalts- und Lohnempfänger sind.“ — Es müssen die organisierte Arbeiterschaft

die organisierte Sparkraft

und die organisierte Konsumkraft auf den großen Gedanken umgestellt werden, daß die ... Lohn- und Gehaltsempfänger weitgehend in den Mißbesitz und in die Mißverwaltung der Wirtschaft hineingewachsen.“ So sagt die ziel- und wegweisende Entschliegung der Kölner Jubiläumstagung der christlichen Gewerkschaften. Aufgaben und Ziele also von schier unübersehbarer Tragweite tun sich da vor uns auf.

Berufsständischer Sparverkehr? Wie Industrie und Handel und Gewerbe sich in so starkem Maße der unheimlichen Kräfte der Banken als Geldvermittler bedienen, wie weite Kreise des Mittelstandes, Handwerker, Bauern usw. mittels Genossenschaftsbanken, Darlehenstellen, Kreditanstalten usw. ihre Gelder auch ihren bescheiden Standesbedürfnissen dienstbar machen, so sollen auch die Arbeiter sich der Arbeitnehmer für deren gesunde Standesbestrebungen mobil gemacht werden. Sagen wir es noch deutlicher: Auch der letzte verfügbare Groschen des großen Heeres der Arbeitnehmer soll der undurchsichtigen privatkapitalistischen Kuhnnehmung und Ausbeutung orenthalten und der gemeinnützigen, der gemeinwirtschaftlichen Ruhbarmachung im Sinne der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zugewendet werden. In allen Erstes: Um die Konzentration des Kapitals der „Reichlosen“ handelt es sich. Klingt das absurd? Bitte. In der Vorkriegszeit waren 20 Milliarden Mark bei den deutschen Sparkassen angelegt. Davon ein nicht unerheblicher Teil aus der Arbeitnehmerschaft. Dazu die nicht unbeträchtlichen Gelder aus den Gewerkschaftsbetrieben, aus sonstigen wirtschaftlichen Betrieben und Organisationen. Beträge also, die sehr wohl in die Waagschale fallen; die um so mehr an Bedeutung gewinnen, wenn ganz scharf die Rieselung, Hineinwachsen in Mißverwaltung und Mißbesitz der Wirtschaft, ins Auge gefaßt wird.

Der Arbeitnehmerschaft ist es vorbehalten, durch stärkste eigene Mitarbeit und Initiative den größtmöglichen Erfolg zu erringen.

„An die Stelle der ziel- und planlosen Zersplitterung und Zergerbung in der Vergangenheit muß eine zielbewußte Zusammenfassung der millionenfachen wirtschaftlichen Einzelkräfte in der Zukunft treten.“ Dazu dann aber auch allerhöchste Anregung und Anfeuerung zur Sparsamkeit. Aber da hört man den Einwand: Sparen? Arbeitsnehmer? Wovon denn? Teuerung, targes Einkommen, Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, von der Hand in den Mund leben wie kaum zuvor. Ganz richtig. Ja, aber ist denn nicht gerade hier die reifste Anwendung aller Mittel gewerkschaftlicher Verfügung dringender notwendig, um Besserung herbeizuführen? Gerade hier ist erforderlich die allerintensivste Anspannung der organisierten Arbeits-, Spar- und Konsumkraft. Und dann, muß denn nicht auch in Arbeitsmerkmalen zwangsläufig geparkt werden? Für besondere Vorkehrungen im Leben, für besondere Ereignisse in der Familie? Man denke insbesondere an Eheschließungen. Ja, aus der Not der Zeit heraus ergibt sich das Bedürfnis, Mittel für besondere Anschaffungen und Bedarfsdeckung in der Familie anzufassen. Wie mancher Haushaltungsplan steht im Spätsommer fast noch vor der Frage, wie die Mittel für den nötigen Winterort (Kartoffeln, Kohlen usw.) aufzubringen? Für notwendige Anschaffungen an Kleidung und Haushaltsgegenständen fehlen die Mittel. Und da müßte es doch wirklich sehr traurig bestellt sein um die 70 Prozent des deutschen Volkes, wenn die für solche Zwecke unbedingt erforderlichen Mittel nicht aufgebracht werden könnten, wenn sie nicht mittels wohlorganisierter Sparverkehre zusammengebracht würden. Notwendigkeit und Bedürfnis zum Sparen ist also gegeben. Es kommt aber auch darauf an,

die Gelder gewinnbringend anzulegen.

Je der Wirtschaft zu nützlichender Verwendung zur Verfügung zu stellen. Mit der Wiedereinführung der Goldwährung und mit den hierfür geschaffenen Sicherheiten schwindet immer mehr das mit der Inflation eingeschlichene Mißtrauen gegen das Sparen. Schätzungsweise liegen die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen von 100 Millionen Goldmark am Ende des Jahres 1923 auf etwa 1,25 Milliarden Ende 1924. Nimmt man dazu die Guthaben aus dem Scheck- und Kontokorrentverkehr, so verfügen die deutschen Sparkassen am Jahreschluß 1924 über ein Gesamtkapital von zwei Milliarden Reichsmark. Auch die kleinen und kleinsten Sparverträge mit den stabilen Verhältnissen vertraut zu machen, muß als eine dringende Aufgabe bezeichnet werden.

Deshalb ist auch liebhaft zu begrüßen, daß unsere Deutsche Volksbank eine Spar- und Sparkassen-Einrichtung eingeführt hat, die auch diese kleinen Sparbeiträge zu erfassen geeignet ist, um dieselben großen Zwecken dienlich zu machen. Eine Einrichtung, ganz auf die Bedürfnisse der kleinen Leute, der Arbeitsnehmer, zugeschnitten. Hatte nicht das früher von „Lugen“ Geschäftsleuten eingeführte Rabatt- und Sparmerkenntnis weitgehendst Anfang genommen? Viel mehr noch muß sich jetzt das Sparsystem der Volksbank einbürgern und durchsetzen.

Da werden im gesamten deutschen Reichsgebiet durch geeignete Stellen

Sparhefte und Sparmarken

herausgegeben. Bekräftigt im Werte von 1/2, 1, 3 und 5 Mark. Also auch mit den bescheidensten Mitteln kann dem Sparbedürfnisse Rechnung getragen werden. Die Sparmarken werden in den Sparheften gesammelt, die gesammelten Sparhefte der Volksbank zugeführt und die entsprechenden Beiträge den Sparern gutgeschrieben bei gegenwärtiger Verzinsung von 8, 9 und 10 Prozent, je nach Ründigungsfrist. Eine nützlichende Anlage also, wie sie sonst kaum geboten werden dürfte. Für größere Spareinlagen werden besondere Sparkonten errichtet.

Zu allem hat die Deutsche Volksbank die Wertbeständigkeit der Sparkonten berechnet nach dem Stand des amerikanischen Dollars, eingeführt.

So ist also diese für die Arbeitnehmer äußerst wertvolle und praktische Einrichtung geschaffen. Eine besondere Aufgabe wird nun darin erblickt werden müssen, durch sorgfältigste Durchführung in unserem gesamten Gewerkschaftsbetrieb und darüber hinaus die Spareinrichtung in weitgehendstem Maße ihren bedeutungsvollen Zwecken dienlich zu machen. Dazu werden alle Gewerkschaftsinstanzen ernstlich mit Hand anlegen müssen. Von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschen Volksbank in Essen, S. Hagen 64, werden dazu die erforderlichen Auskünfte erteilt.

Geislers Entlarvung

Bekanntlich hatte der Führer der Gelben, Geisler, gegen den Schriftleiter des D.S.B. Klage wegen Beleidigung erhoben, weil dieser in der „Handels-Wacht“ behauptet hatte, daß seine Bewegung von Terror und Geinnungstriebelei geradezu lebe und weil er der Ansicht Ausdruck gegeben hatte, daß es Herrn Geisler zur Gewohnheit geworden sei, Unwahrheiten zu verbreiten und andere Menschen zu verleumden. Das hatte Geisler als Verleumdung bezeichnet. Die Verhandlung fand am 24. Februar in Berlin-Weißhof statt. Wenn auch der Richter der Auffassung war, daß der Wahrheitsbe-

weis unseres Kollegen vom D. S. B. nicht vollständig sei, so wurde diese Verhandlung doch zu einer bedeutsamen Entlarvung des Gelbenführers.

Am belangreichsten waren die Aussagen des Zeugen Fahrnhorst. Herr Fahrnhorst, der nationalsozialistischer Abgeordneter war, verdrachte zwei Jahre seines Lebens in den Diensten Geislers und hatte somit Gelegenheit, die Geislerschen Arbeitsmethoden gründlich kennen zu lernen. Unter seinem Eide sagte er aus, daß Herr Geisler stets mit falschen Mitgliedszahlen arbeitete, ja, Geisler müsse das tun, weil er sonst keine Gelder von seinen Geldgebern bekommen würde. Herr Geisler wisse, daß er keine Macht sei und deshalb müsse er eben eine Macht vortäuschen. Seine Geldgeber, die hauptsächlich in der Industrie zu suchen seien, müßten in dem Glauben erhalten werden, daß Geislers Bewegung etwas bedeute. Tatsächlich bedeute sie aber so gut wie nichts. In einem Jahresbericht — Herr Fahrnhorst hatte ihn zur Hand — wurde die Gesamtmitgliedszahl der Geislerschen Verbände auf 199 000 angegeben. Tatsächlich seien aber nur allerhöchstens 97 000 Mitglieder vorhanden gewesen. Mehr als 102 000 Mitglieder habe man aus der Luft gegriffen.

Auffehen erregte es, als der Zeuge an einigen Beispielen zeigte, wie groß Herr Geisler die Dessenität und vor allen Dingen auch seine Geldgeber getäuscht habe. So sei ein Berufsverband der Privatlehrerinnen mit 2087 Mitgliedern angegeben worden, vorhanden gewesen seien aber nur 137. Auf ähnliche Weise seien aus einem Verbänden von 34 Mitgliedern ein Verband mit 4762 Mitgliedern geworden. Da der Berufsverband der Angestellten mit 189 Mitgliedern zu klein gewesen sei, so habe man eine 5 davor gesetzt und so einen Verband von 5183 Mitgliedern aufstunde gebracht. Aus einem Verband der Handwerkerinnen von 6000 Mitgliedern — einem der stärksten der Geislerschen Verbände — habe man einen Verband von 18 000 Mitgliedern herauskonstruiert. Kurz, überall habe man die Mitgliederzahl nach oben „abgerundet“, indem man die wirkliche Zahl mit 2, 10 oder 100 multipliziert habe.

Ein besonderes Kapitel sei das der Geldbeschaffung. Bei einer Einnahme von 150 000 Mark bildeten die wirklich gezahlten Mitgliederbeiträge nur einen kleinen Bruchteil. Eine größere Summe, nämlich 15 000 Mark, hätten nur die Landarbeiter aufgebracht. Einige andere Verbände hätten einige hundert Mark gezahlt. Der weitausgrößte Betrag aber sei aus der Industrie geflossen. Nach außen habe man aber den Anschein zu erwecken verstanden, als ob es sich um Mitgliedsbeiträge handelte.

Schwere Vorwürfe gegen den Helben der Fragilomödie erhob auch Herr Oskar Klopfer, der einmal etwa acht Monate hindurch das Bergbäuerliche „Verbandsorgan“ bei Herrn Geisler zu sein. Die Enttarnung über das, was er dort erlebt und gesehen hat, ätzte noch in seinen Worten nach. Er schämte sich, jemals in einer solchen Bewegung, die er in einem persönlichen Gespräch einmal als „Mißbrauch“ bezeichnete, tätig gewesen zu sein. Er wäre niemals zu Herrn Geisler gegangen, wenn er nur eine Ahnung von den Zuständen hätte haben können. Herr Geisler habe ihn durch arglistige Täuschungen und unter Vorwärtung falscher Tatsachen in die gelbe Bewegung hineingelockt. So habe Geisler ihm gesagt, daß der Berufsverband der Kaufmann gehilfen allein in Berlin 1000 Mitglieder habe. Nach dem Inhalt der Stellung habe er — Zeuge — dann aber die frühere Entdeckung gemacht, daß der Verband in ganz Deutschland nur 50 Mitglieder hatte. Im übrigen bestätigte Klopfer die Schilderung Fahrnhorsts. Das Geld sei in der Hauptsache von der Industrie herbeigekommen. Auch er, Klopfer, habe solche Wittgänge, die ihm sehr schwer geworden seien, unternommen müssen. Einige Male sei er abgemiewen worden, doch habe er mehrfach größere Summen erhalten.

So hat also diese Verhandlung Geisler und seine Bewegung in ein sehr bezeichnendes Licht gerückt. Und für eine solche Bewegung und solchen Führer hatte die deutsche Industrie Geld übrig, das man den Arbeiter zur Lohnaufbesserung verweigerte. Und solche Bewegung und solchen Führer wollte die Industrie als gleichberechtigt hinzusetzen zu den Verhandlungen. Wie recht wir hatten mit unserer Ablehnung, hat diese Verhandlung deutlich gezeigt.

Die bekannte religiöse Neutralität

In ihrer Nummer 2 brachte die sozialistische „Metallarbeiterzeitung“ (Stuttgar) das Organ des Deutschen Metallarbeiterverbandes, unter der Überschrift „Kirche und Unternehmertum — Die evangelische Kirche mit der Arbeitgebererschaft vollkommen einig“ einen von jüdischen Handlungen begleiteten Auszug aus dem vielverörterten Aufsatz, den der Konner Hilfsprediger Dr. Boudriot in Nr. 24 „Der Arbeitgeber“ veröffentlicht hat und worin dem Wunsch, die Kirche von dem Vertrauen auch der wirtschaftlich führenden Kreise getragen zu werden, in überhöhter Form Ausdruck gegeben worden war. Hierauf überlieferte der Evangel. Brederverband für Württemberg der „Metallarbeiterzeitung“ eine durchaus scharf ge-

haltene Ermiderung. Darin wurde ausgeführt, daß Dr. Boudriot durchaus keinen Recht habe, im Namen der „ganz überwiegenden Mehrheit der evangelischen Geistlichen“ oder gar der evangelischen Kirche zu reden; die wirkliche Meinung der evang. Kirche sei vielmehr aus den vorliegenden sozialen Rundgebungen kirchlicher Körperschaften und evangelischer Verbände zu entnehmen, und maßgebend sei vor allem die von dem Deutschen E. A. Kirchentag erlassene Soziale Politik vom 17. u. 24. die dem Verständnis der Kirche für die Lage und die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft bereiten Ausdruck verliehen hat.

Die Schriftleitung der „Metallarbeiterzeitung“, die ihre Leser aufgefördert hatte, den Artikel über Dr. Boudriot jedem christlichen Arbeiter zu lesen zu geben, teilte daraufhin dem Evangel. Brederverband für Württemberg mit, daß sie die Aussprache über die Frage „Kirche und Arbeiterschaft“ gelöst habe und vorderhand keinen Anlaß sehe, sie wieder zu eröffnen. Die ganze „Aussprache“ besteht jedoch darin, daß die Schriftleitung in Nr. 7 der „Metallarbeiterzeitung“ in 13 Zeilen feststellt, durch seinen Artikel sei Dr. Boudriots Einverständnis mit dem Ausbentertum bis ins kleinste deutsche Nest bekannt und in christlichen Kreisen eine Stimmung entfacht worden, die sich auf das Gegenteil von Kirchengenreundlichkeit reimen läßt.

Die christlichen Kreise lehnen nicht nur den Artikel von Pastor Dr. Boudriot ab, sondern vor allem auch die Schreibweise der roten „Metallarbeiterzeitung“, mit der man eher das Gegenteil von Kirchengenreundlichkeit erzeugen will. Diese bekannte Taktik stellt ein Musterbeispiel für die Art der handhabung der religiösen Neutralität in den freien Gewerkschaften dar. Die „Soziale Politik“ der gesamten evang. Kirchen Deutschlands schweigt man tot, weil sonst die sozialistischen Verbändlungen gegenüber der Kirche Ärgernis erregt und wohl auch viele sich die fernere Aufrechterhaltung ihrer Mitgliedschaft in den freien Gewerkschaften überlegen würden. Dagegen die einseitigen Ausführungen eines einzelnen Hilfsgeistlichen greift man begierig auf, lehnt aber in grober Verletzung der journalistischen Berufspflicht eine so scharfe Klarstellung ab, um trotzdem 14 Tage später (in Nr. 9 der „Metallarbeiterzeitung“) wiederum die Pastoren, und zwar diesmal die in einem Aufruf für gerechte Löhne eintretende Düsseldorfertat. Geistlichkeit in häßlicher Weise herabzusetzen.

Wie lange werden sich das die christlich gesinnten Arbeiter noch gefallen lassen?

Weltteuerung

Eine recht interessante Uebersicht über die Entwicklung der Weltteuerung entnehmen wir der „Neuen Zürcher Zeitung“. Dem Teuerungszustand im Jahre 1914 mit 100 angelegt und die Goldwährungseinheit angenommen, ergeben sich folgende Preisbewegungen im Großhandel:

	Ende 1923	1924
Deutschland	140	145
Vereinig. Staaten	154	159
Kanada	150	151
England	149	171
Holland	145	161
Belgien	127	145
Frankreich	123	145
Schweiz	136	172
Italien	130	142
Österreich	127	145
Tschechoslowakei	142	163
Dänemark	140	164
Norwegen	135	156
Schweden	152	167

Der deutsche Großhandelsindex hat sich mit unauffälliger Sicherheit ständig aufwärtsentwickelt. Darüber geben folgende Zahlen deutlichen Aufschluß:

Monatsdurchschnitt:	100 =
Januar 1924	117,3
April	124,1
Juli	115,-
Oktober	131,2
Stichtag	
7. Januar 1925	136,4
14. Januar 1925	138,9
21. Januar 1925	138,9

Diese Ziffern zeigen, daß die Angleichung an den Weltmarktpreis nicht aufzuhalten ist. Wenn die Unternehmer sehr oft darauf verweisen, daß es wichtiger sei, die Gewerkschaften fest zu Preiserhöhungen ein, statt Erhöhungen der Löhne zu fordern, so zeigt die obige Aufstellung, daß eine solche Arbeit scheitern muß an der Zwangsläufigkeit der Entwicklung. Es bleibt den Organisationen keine andere Möglichkeit, als sich für eine Erhöhung der Löhne einzusetzen. Wenn diese Arbeit allerdings den gewünschten Erfolg haben soll, dann müssen die Arbeiter diese Bestrebungen mit größtem Eifer unterstützen.

Volkswirtschaft und Berufsschule

Von Gewerkschaftsdirektor Schink, Schweinfurt.

II.

Der richtig geschulte, denkende Arbeiter wird den ungeschulten, gebundenen Arbeitsträften gegenüber unendlich überlegen sein. Wer seine Handwerks-Geometrie, die Projektionslehre, das technische Zeichnen und Rechnen so beherrscht, daß er auch die schwierigsten Fälle seiner Praxis durch richtige praktische Anwendung und Auswertung dieser fachwissenschaftlichen Kenntnisse und Fertigkeiten frisch anfallen und rasch richtig und wirtschaftlich einwandfrei lösen kann, dem werden maximale Material- und Zeitausnutzung als selbstverständliche Begleit- und Folgeerscheinungen seiner richtigen Arbeitsmethoden von selbst in den Schoß fallen. Das ingenieurmäßige, nach den geltenden Gesetzen der Technik bei Inangriffnahme jeder Werkarbeit selbsttätig und zwingend einsetzende Denken und das daraus folgende praktische und wirtschaftliche Tun des gelernten Arbeiters: es ist das Ziel des gesamten gewerkschaftlichen Unterrichtes an der Berufsschule. In seiner reifsten durchgeführten Anwendung auf den praktischen Fall — d. h. die Fertigstellung des betr. Werkstückes — verlangt dieses Ziel die Ergänzung des theoretischen technischen Unterrichtes durch praktische Arbeit in den Lehrwerkstätten der Berufsschule. Wenn die allgemeine Volksschule mit ihrem Pflichtunterricht jeden Staatsbürger zwingt, das Lesen und Schreiben und Rechnen im formalen Sinn zu lernen, so müssen wir von den Berufsvorbereitungsschulen verlangen, daß sie ihren Schülern das elementare technische auf den praktischen Fall angewandte Denken zwangsläufig lehren. Die Masse des wertvollen Nachwuchses muß auf den jeweils in Frage kommenden Beruf angewandten Lesen und Schreiben und Rechnen im detaillierten Sinn lernen, d. h. Zeichnungen lesen und verstehen, detaillieren, ergänzen und richtig stellen lernen. Wenn unser wertvolles Volk keine technischen Alphabeten mehr aufweist, wenn es in einer Masse richtig denken und arbeiten gelernt hat, dann erst sind wir wirtschaftlich unüberwindbar gemacht.

Gerät man den Berufsvorbereitungsschulen nicht die erforderlichen Einrichtungen und die nötige Unterrichtszeit, die zur Arbeit und Lösung — zur bleibenden Aneignung — des richtigen technischen Denkens bei ihren Schülern erforderlich sind, dann wird darunter auch die praktische Ausbildung in der Werkstatt. Man unterschätzt damit auch die Berufsvorbereitung in ihrem Erfolg gerade in den Punkten, welche die Tüchtigkeit des hand-

wertlich durchgebildeten Facharbeiters und seine Überlegenheit dem ungelerten Arbeiter gegenüber bedingen. Jedenfalls kann, von gewissen Einzelfällen abgesehen, behauptet werden, daß die Entwicklungsmöglichkeit der Werkstattdarstellung parallel läuft mit der Höhe der technischen Bildungs- und Erziehungsarbeit, die von der Berufsschule übermittelt und geleistet werden muß. Der Höhe der Ausbildungsmöglichkeit in der Werkstatt ist ihre Grenze gesetzt durch die Qualität, die Zielstreue und die Intensität, mit der die Arbeit der Berufsschule geleistet wird.

Der Schulbesuch der Lehrlinge bedingt leider die Entziehung derselben von ihrem Arbeitsplatz an der Werkstatt oder auf der Baustelle über die Dauer des Schulbesuchs. Überall da, wo der Meister den Lehrling als Hilfsarbeiter oder Handlanger haben muß (Kaufhelfer, Spengler, Maler usw.) oder da, wo die dauernde Ausübung des gesamten Maschinenparkes (z. B. in Druckereien, Maschinenfabriken usw. — ohne getrennt geführte Lehrlingsabteilung —) ein stets gleichbleibendes Bedienungspersonal verlangt, wird der Schulbesuch der Lehrlinge immer als tiefgehende Störung, ja als Hinderung des gesamten Betriebes schmerzhaft empfunden werden. Der Schule erwächst so heute doppelt die Pflicht, ihre Arbeit so zielbewußt und erfolgreich und intensiv wirkend als irgend möglich einzurichten und auf das erfolgreichste auszuführen. Andernfalls müßte das Opfer der Schulzeit von den Betriebsinhabern als unrichtig und unnütz empfunden werden. Eine der vornehmsten Aufgaben der Berufsschule und ihrer Leitung ist es, das Unternehmertum, die Meisterschaft und die Gewerkschaften zur regsten Anteilnahme und Mitarbeit am Ausbau der Schulorganisation und an der gesamten Schularbeit zu zwingen und ihr dabei den unerlöschlichen Wert und die absolute Notwendigkeit des Weiterdauens der Berufsschule an Hand der Lehrlingsarbeiten zwingend zu beweisen.

Wie soll nun die Berufsschule bei ihrer Arbeit vorgehen, um ihr hohes Ziel, ihre Schüler zu selbständigem technischen Denken und zu freischöpferischer Werkfertigkeit zu erziehen, auch tatsächlich und sicher zu erreichen? Die autogenetische Unternehmung, soweit sie in hochwertige Werkarbeit und wirtschaftliches Schaffen einsetzt, ist in der Art und Weise, wie sich ihr zusammengeleiteter Organismus betätigt, das beste Vorbild für die Arbeit der Berufsschule ab. Ford schreibt in „Mein Leben und Werk“: „Ehe der Betrieb eröffnet wird, muß das Fabrikat fertig da sein“. Dies besagt, daß alle Maßnahmen, die der Erfolg garantieren, mit wohlbedachter Voraussicht und in einträglichster, erziehender Vorbereitung bereits getroffen sein müssen, ehe die eigentliche Betriebsarbeit be-

ginn. Die bestimmte Abgrenzung des Arbeitsgebietes und das genaue Ziel der Fabrikation, nämlich die Wahl des Fabrikates und seine Erarbeitung, müssen im voraus programmatisch festgelegt sein. Treten in den Voraussetzungen und den angenehmen Zeitbedingungen Veränderungen auf, so muß von vornherein ein möglichst Anpassungsfähigkeit des Betriebes gedacht werden. Die Welt hat die deutsche Wirtschaft bewundert in ihrer scheinbar unbegrenzten Elastizität während des Krieges und in der Nachkriegszeit. Wenn heute ein Führer der amerikanischen Wirtschaft nach seiner Deutschlandreise sagt: Deutschland brauche 50 Jahre, bis es wieder seine wirtschaftliche Kraft vor dem Kriege erreiche, so mag er leider Gottes nur zu recht haben. Um so mehr liegt es uns ob, dafür zu sorgen, daß alle guten Erfahrungen, die wir heute noch täglich machen, möglichst allgemein und fortdauernd ausgewertet werden, so daß unsere Betriebe baldigst wieder auf die Höhe der Vorkriegszeit gebracht werden können.

Ist das Unternehmen arbeitsfähig, so hat sich der gesamte Betrieb einem wohlbedachten Arbeitsplan unterzuordnen. Nur bei planmäßiger harmonischer Zusammenarbeit von Leitung, Betriebsleitung und Arbeitsträften, bei richtiger Gliederung und Folge der Einzelarbeiten, bei absolut gleicher Qualitätshöhe der Materialien und der technischen Verfahren bei ihrer Ausarbeitung, wird ein gleichmäßig gutes Fabrikat zu erarbeiten sein, das wirtschaftlichen Erfolg sichert. Die Gliederung und Einteilung in Ober- und Unterabteilungen und in Gruppen bis herab zum letzten Arbeitsplatz und dabei im höchsten Sinn die größte Material-, Raum- und Zeiterparnis bei höchster Zweckmäßigkeit der Einzelausführung, die Schaffung besser Spezialmaschinen, die zweckmäßigste Aufstellung und gute Instandhaltung derselben, besonders Arbeitsvorrichtungen, Spezialwerkzeuge und endlich eine reibende Beschaffung und Bereitstellung aller Werkstoffe, so daß ihre Umwandlung in Fertigung ohne jeden unnötigen Arbeits- und Zeitverlust erfolgen kann; das sind die wichtigsten Forderungen einer guten Fabrikorganisation. Kommt dazu noch eine zielbewußte und sichere, überall nach dem Rechten schauende oberste Leitung, die mit prüfendem Auge fortgesetzt alle Erfahrungen des Tages, die guten und die schlimmen, auswertet, dabei durch schärfste Kalkulation jede Mäßigkeit der Erhöhung der Qualität und der Herabsetzung des Selbstkostenpreises ausnützend und andererseits etwa auftretende Nachlässigkeiten und Schwächen augenblicklich abstellend, so muß der Betrieb prosperieren. Daß dabei der Ausbildung tüchtiger Spezialarbeiter die nötige Rechnung getragen wird, und daß der richtige Mann an den rechten Platz kommt, und selbstverständliche Folgeerscheinungen dieser richtigen Betriebsorganisation.

Kurze Notizen

Nach einer amtlichen Statistik fuhrn 1924 165 deutsche Schiffe mit 728 847 Retitionen durch den Panamakanal, gegen 124 im Jahre 1923, 62 im Jahre 1922. Der deutsche Schiffsverkehr nimmt jetzt die vierte Stelle ein.

Die Ford Motor Co. verzeichnet eine neues Rekordjahr: mit 1 878 581 abgelieferten Autos und Lieferwagen zeigt die Produktion ein Mehr von 87 736 gegenüber 1923. Der Verkauf von Ford-Lieferwagen gewann im Einzelhandel 15 013 Stück und überschritt damals zum erstenmal die Grenze von 200 000 Stück Absatz in einem Jahre. Fords Lincoln-Autos, ein erst seit kurzem aufgenommener Typ, zeigen eine Absatzzunahme von 25 Prozent, es wurden 7051 abgeliefert.

Nach den offiziellen Feststellungen der amerikanischen Regierung erreichte die Zahl der am 31. Dezember 1924 in den Vereinigten Staaten auf den Automobilen 17 740 236. Das bedeutet etwa 1 Fahrzeug auf etwa 6 Einwohner. Im Laufe des letzten Jahres hat sich die Zahl der Automobile in den Vereinigten Staaten um 2 500 000, d. h. um mehr als 15 Prozent erhöht.

Im Januar wurden 120 000 Tonnen Naphtha aus Rußland eingeführt, und zwar die größte Menge davon nach Italien, dann folgen Deutschland, Ägypten, England und Frankreich.

In Japan wurde ein neues Eisenlager entdeckt, das Sachverständige als geradezu unerschöpflich bezeichnen. Es handelt sich um ein eisenhaltiges Sandlager in der Nähe des Städtchens Nubuchi im Norden der Hauptinsel Honshu. Mit dieser Entdeckung wird Japan nicht nur vom Auslande unabhängig werden, sondern auch als ernstlicher Konkurrent, besonders Amerikas, auftreten können.

Nun soll also endlich eine langverretene Forderung der Arbeiter in Erfüllung gehen. Der bereits seit längerer Zeit fertiggestellte Referentenentwurf hat nun durch die Sachbearbeiter Staatssekretär Dr. Trendelenburg und Ministerialdirektor Schaeffer unter Hinzuziehung von Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates eine abschließende Fassung erhalten. Nun soll der Gesetzentwurf über den endgültigen Reichswirtschaftsrat beschleunigt dem Reichstag vorgelegt werden.

Die Weltversorgung mit Kraft

Gelegentlich der in London stattgefundenen Weltkraftkonferenz wurden aus allen Ländern Studien über die vorhandene Weltkraft gesammelt. Auf Grund dieser sehr umfangreichen Veröffentlichungen stellt von Hays in der „Wirtschaft und Technik“ („Vorwärts“) ausführliche Angaben zusammen, denen wir folgendes entnehmen:

Kohlenvorräte der Welt.

	Jahresinhalt in Millionen Quadratkilom.	Kohlen-Tonnen je Quadratkilom.	Kohlenvorrat in Milliarden Tonnen
Australien	8,5	60 000	500
Afrika	30	60 000	1 800
Asien	45	60 000	2 700
Amerika	43	110 000	4 400
Europa	10	110 000	1 100

Die Kohlenvorräte der Erde werden auf 10,8 Milliarden Tonnen geschätzt. Die jetzige Kohlenförderung beträgt 1,5 Milliarden Tonnen im Jahr. Die Kohlenvorräte reichen also noch für viele tausend Jahre. Die deutschen Kohlenlager reichen für 200 Jahre, dagegen werden die englischen Kohlenlager in einigen Generationen erschöpft sein.

Wasserkräfte der Welt.

	Flächeninhalt in Millionen Quadratkilom.	Fällung der Wasserkräfte je Quadratkilom in Kilowatt	Fällung d. gesamten Wasserkraft in Millionen Kilowatt
Australien	8,5	6	51
Afrika	30	5	150
Asien	45	8	360
Amerika	43	10	430
Europa	10	10	100

Daraus ergeben sich im Jahr (mit 3600 Benutzungsstunden) rund 4 Billionen Kilowattstunden. Die Weltvorräte der Welt sollen für 300 Jahre ausreichen und die jährliche Förderung 300 Milliarden Kilowattstunden entsprechen.

Arbeitswert der vorhandenen Kraftquellen in Billionen Kilowattstunden.

Kohle	7000
Wasser	7000
Luft	22
Del	90

Die mittleren Jahresleistungen aller Kraftquellen.

Kohle	400 Mill. Kilowatt
Wasser	1100
Luft	9
Del	120

Auf den Kopf der Bevölkerung der Erde entfallen etwa 0,85 Kilowatt oder bei 2500 Benutzungsstunden rund 2100 Kilowattstunden pro Jahr. Gegenwärtig entfallen aber in Deutschland zum Beispiel noch nicht einmal 200 Kilowattstunden auf den Kopf der Bevölkerung pro Jahr.

Verbandsgebiet

Bezirkskonferenz des 1. Bezirkes.

Am Sonntag, dem 1. März, fand in Duisburg die diesjährige Bezirkskonferenz des Christlichen Metallarbeiterverbandes, I. Bezirk, statt. Die Konferenz war sehr stark besucht. Es waren nicht weniger als 123 Delegierte anwesend. Nach Begrüßung der Teilnehmer, insbesondere des Verbandsvorsitzenden und der Vertreter der Hauptgeschäftsstelle, erstattete der Bezirksleiter Kollege Burgartz Bericht über das verfloßene Jahr.

Die Höchstzahl der Mitgliedschaften unseres Verbandes betrug im letzten Friedensjahre 42 000, nach Beendigung des Weltkrieges etwa 10 000 Mitglieder. Im Jahre 1919, dem Jahre der gewerkschaftlichen Hochkonjunktur, stieg die Mitgliederzahl über 200 000. Die Arbeitermassen traten indes vielfach nicht aus Überzeugung, sondern weil es modern war, dem Verbande bei. In den nachfolgenden Revolutionsjahren stand unser Verband wie ein Fels in bewegtem Meer. Bei jeder Gelegenheit mußten wir die Warnungstafeln der Vernunft aufhängen. Dreieiertel der Mitgliedschaft kannten die harte gewerkschaftliche Erziehungsarbeit nicht und fanden sich deshalb mit dem Grundgedanken, je größer die Organisation, desto größer die Verantwortung, nicht ab. Ein Zweifel begann, die radikalen Elemente in der gewerkschaftlichen Organisation peinigten auch zum Teil unsere Reize auf. Hier und da in den Ortsvereinigungen ließen einzelne Leute kommunistische

Um die Alterspension der Knappschaftsversicherung

Das am 1. Januar 1924 in Kraft getretene Reichsknappschaftsgesetz vom 23. Juni 1923 bedeutet einen erfreulichen Fortschritt in der Entwicklung der Sozialversicherung. Eine langjährige Forderung der Bergarbeiter nach Schaffung eines Reichsknappschaftsvereins ist damit in Erfüllung gegangen. Immerhin haben sich bei der Durchführung des Gesetzes auch mancherlei Schwierigkeiten herausgestellt, von denen eine hier einmal erörtert werden soll. Es handelt sich um die nach § 26 des Reichsknappschaftsgesetzes (R. K. G.) zu gewährende Alterspension.

Nach § 1 des R. K. G. unterliegen alle Arbeitnehmer in knappschaftlichen Betrieben der knappschaftlichen Versicherung. Nach § 2 sind „knappschaftliche Betriebe“ alle Betriebe, in denen Mineralien oder ähnliche Stoffe bergmännisch gewonnen werden. Salinen und die Betriebe der Industrie der Steine und Erden, soweit sie nicht unterirdisch betrieben werden, sind keine knappschaftlichen Betriebe, ausgenommen wenn sie unter Betriebsanfallten oder Gewerkschaften fallen, die als Nebenbetriebe eines knappschaftlichen Betriebes mit diesem räumlich und betrieblich zusammenhängen. Solche auch unter die knappschaftliche Versicherung fallenden Betriebe können zum Beispiel sein: Kolonnen mit Nebenproduktengewinnung, Ziegeleien, Paraffin- und Mineralölfabriken, Gemischefabriken der Kalk-Industrie, Hütten als Nebenbetriebe eines knappschaftlichen Hauptbetriebes, Grubenanschlussbahnen usw.

Das R. K. G. ist im wesentlichen als eine Berufsversicherung der Bergarbeiter anzusehen, während nach altem preussischem Bergrecht seit 1854 Berg- und Hüttenarbeiter zur Knappschaft gehörten. 1881 bekamen die Hütten die Möglichkeit, aus den Knappschaftsvereinen auszuscheiden; immer noch sind manche Hütten bis heute der Knappschaft angeschlossen geblieben. Nun sah aber das Einführungsgesetz zum R. K. G. im Artikel 17 vor, daß Hüttenwerke und sonstige Betriebsanstalten oder Gewerkschaften, die auf Grund bisheriger landesgesetzlicher Vorschriften einem Knappschaftsverein angehört, mit dem 31. Dezember 1923 aus der knappschaftlichen Versicherung auscheiden; jedoch konnte durch eine gemeinschaftliche Erklärung des Arbeitgebers und der Mehrheit der Arbeitnehmer eines jeden selbständigen Betriebes dieser Art die knappschaftliche Versicherung fortgesetzt werden. Diese Erklärung mußte bis zum 15. September 1923 abgegeben werden, was von einer Reihe von Hüttenwerken auch geschehen ist. Die Erklärung begründete die dauernde Zugehörigkeit des Betriebes zum Reichsknappschaftsverein. § 18 des Einführungsgesetzes bestimmte jedoch, daß die am 1. Januar 1924 vorhandenen Arbeitnehmer, die der Pensionkasse des Knappschaftsvereins angehört, Mitglieder des Reichsknappschaftsvereins mit den gleichen Rechten und Pflichten wie Arbeitnehmer knappschaftlicher Betriebe bleiben, auch wenn die nach Artikel 17 erforderliche Erklärung nicht abgegeben wird. Diese Bestimmung sollte vor allem die älteren Hüttenarbeiter, die vielleicht schon jahrelang Pensionen erhalten, nicht in Mitleidenschaft ziehen, vor Verlust ihrer erworbenen Rechte schützen. Allerdings können diese Arbeiter, wenn sie die knappschaftliche Versicherung nicht fortsetzen wünschen, für ihre Person durch Abgabe einer Erklärung an den zuständigen Bezirksknappschaftsverein aus der Versicherung auscheiden.

Nach dieser Beschreibung des Umfangs der knappschaftlichen Versicherung dürfte klar sein, daß trotz des Charakters der Berufsversicherung nicht nur eigentliche Bergarbeiter unter das Reichsknappschaftsgesetz fallen. Wenn im deutschen Bergbau etwa ein Drittel aller Arbeiter über Tage beschäftigt sind und ihnen die kaufmännischen und technischen Angestellten, sowie die Arbeitnehmer in den zur Knappschaft gehörenden Hüttenwerken und Nebenbetrieben hinzugezählt werden, dann wird man annehmen können, daß vielleicht nicht einmal die Hälfte der knappschaftlichen Versicherten bergmännische Arbeit verrichten. Und das ist für die Beurteilung der Leistungen aus dem Gesetz sehr wesentlich. Während nämlich hinsichtlich des Umfangs der knappschaftlichen Versicherung der Begriff „knappschaftliche Betriebe“ geschaffen wurde und alle in knappschaftlichen Betrieben Beschäftigten, sofern sie den jagungsmäßigen Erfordernissen über Gesundheit genügen, Mitglieder der Pensionkasse des Reichsknappschaftsvereins sein müssen, so hat man jedoch für die Leistungen aus der Alterspension (Pension) den Begriff „wesentliche bergmännische Arbeit“ angewandt und damit eine unterschiedliche Behandlung der Versicherten herbeigeführt.

Löhne erklingen, sobald diese nach erfolgter Verwarnung aus dem Verbandsgebiet ausgeschlossen werden müßten.

Dem Zusammenbruch des passiven Widerstandes Ende 1923 folgte der Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft und der Organisationen. Wie zu erwarten, folgte dann die Aufzwingung der längeren Arbeitszeit und die Festlegung eines unzureichenden Lohnes. Die zweifelnden Mitglieder, welche nicht schon der Inflation zum Opfer gefallen waren, gerieten ins Wanken. Die treu gebliebenen Mitglieder glitten den Bäumen, welche das dürre Holz verloren und frische Luft bekommen hatten. Dadurch wurde es auch möglich, bald in die Angriffsstellung zu gehen, um die verlorene Position wiederzugewinnen.

Bekanntlich beherrscht in unserem Bezirk zum größten Teil die nordwestliche Gruppe das Gebiet. Im Jahre 1922 wurde durch die Kurzfristigkeit der gegnerischen Organisationen die Bezirkliche Lohnverhandlung mit Willen der Unternehmer eingeführt. Seit dieser Zeit ist der Einfluß der nordwestlichen Gruppe außerordentlich gestiegen, so daß von dem Geschehen innerhalb des rheinisch-westfälischen Industriegebietes alle Bezirke des deutschen Vaterlandes mehr oder weniger berührt werden.

Die erste Lohnverhandlung im Jahre 1924 war am 18. Januar und wir mußten uns mit einem Spitzenlohn von 50 Pfg. für den Sacharbeiter und 40 Pfg. für den Hilfsarbeiter abfinden. Diese Lohnverhandlung stand unter dem Druck der wirtschaftlichen Depression. Der sog. Metallarbeiterverband entzog sich der Verantwortung. Am 7. März 1924 wurde über die Erneuerung des Rahmenarbeitsvertrages verhandelt. Es gelang den Organisationen die wesentlichsten Bestimmungen aus dem alten Vertrag zu retten, so die sozialen Zulagen, Urlaub, wie auch die Anerkennung der Gewerkschaften für das Beurlaubtwerden. Am 12. Juni wurde sowohl die Lohn- wie auch die Arbeitszeitfrage erneut behandelt und die Löhne der Hilfsarbeiter um 5 Pfg., also 45 Pfg., die der Sacharbeiter um 6 Pfg., also auf 56 Pfg., erhöht. Im Oktober wurde wiederum eine Lohn- und Arbeitszeitbewegung eingeleitet, wobei der Lohn des Sacharbeiters auf 48 Pfg. und der Tariflohn des Sacharbeiters auf 60 Pfg. festgelegt wurde. Die Löhne der Akkordarbeiter erhöhten sich in der gleichen Zeit um 7—9 Pfg. pro Stunde. Angesichts der wirtschaftlichen Krise und des schlechten Organisationsverhältnisses in den Betrieben darf es als eine bemerkenswerte Leistung der gewerkschaftlichen Organisationen bezeichnet werden, so schwerer Zeit die Löhne um 20 Prozent in einem Jahre zu erhöhen. Unsere Organisation bemühte sich ganz außerordentlich für die Arbeiter in der Schwerindustrie, den Akkordarbeitern wieder zu erreichen. Aus den verschiedensten Versammlungen, Flugzetteln und Artikeln im Verbandsorgan geht hervor, daß ein scharfer Kampf geführt wurde. Schon im Oktober wurde auf unser Drängen erstmalig vom Reichsarbeitsminister die Schwere der Arbeit in den Feuerbetrieben anerkannt und in Verfolg dessen eine Verordnung in Aussicht genommen, welche für die Arbeiter in den Hochofen- und Kokereibetrieben die dreigeteilte Schicht bringen sollte. Die Unternehmer boten alle Kräfte auf, die angelegte Verordnung zu verhindern. Es wäre den Unter-

Nach § 26 des R. K. G. erhalten Mitglieder der Pensionkasse des Reichsknappschaftsvereins in vollen Pension, wenn die Antragsteller das 50. Lebensjahr vollendet, 25 Dienstjahre zurückgelegt, während dieser Zeit mindestens 15 Jahre wesentliche bergmännische Arbeiten verrichtet hat und keine gleichwertige Lohnarbeit mehr verrichtet. — Diese sogenannte Alterspension kommt bei den knappschaftlichen Bergarbeitern des Bergbaues in den seltensten Fällen in Anwendung, weil bei ihnen eine der Voraussetzungen des § 26, nämlich die Verrichtung wesentlicher bergmännischer Arbeiten, in den meisten Fällen fehlt. Die Arbeiter, die beispielsweise ein Zechenhandwerker verrichten, werden wohl selten oder nie als wesentliche bergmännische Arbeiter anerkannt. Das trifft auf die im Reichsknappschaftsverein verbliebenen Arbeitnehmer in Hüttenwerken bzw. Nebenbetrieben zu.

Zwar sagte feinerzeit die Reichsregierung in ihrer Begründung zum Entwurf des R. K. G.:

„Eine Beschränkung der Alterspension auf einzelne Arbeitergruppen innerhalb des Reichsknappschaftsvereins ist nicht durchführbar. Die Arbeiter über Tage, die schwere Arbeit verrichten, z. B. Felzer, Reflektierer und Bergleute, sowie die Hüttenarbeiter erheben ebenso Anspruch auf die Alterspension. Einer Beschränkung auf die Arbeiter über Tage würden sich also die genannten Arbeitergruppen und die Tagesarbeiter überhaupt, auf das schärfste widersetzen, und nicht ohne Grund. Den Arbeitern über Tage wird nicht klar zu machen sein, weshalb ihnen für gleiche Beiträge geringere Leistungen gewährt werden sollen als den Unter Tagearbeitern. Die Einführung verschiedener hoher Beiträge sei abzulehnen; man wolle gerade durch Gleichheit des Knappschaftswesens die frühere Unterscheidung zwischen vollberechtigten und minderberechtigten Mitgliedern, die viel Unzufriedenheit hervorgerufen hat, beseitigen.“

Trotzdem ist durch die endgültige Fassung des § 26 zweifellos Recht geschaffen worden, die Pensionen für voll- und minderberechtigten Mitglieder in vollberechtigten und minderberechtigten Mitgliedern eingeteilt, denen aber eine gleich hohe Beitragsleistung auferlegt worden ist, obwohl unzeitig die zur sogenannten Alterspension berechtigten Mitglieder der Pensionkasse erheblich mehr belasten als die nichtberechtigten.

Die Einführung verschiedener hoher Beiträge ist nicht zu empfehlen, weil damit ebenfalls eine Unterscheidung zwischen mehr- und minderberechtigten Mitgliedern verbunden wäre, die auch feinerzeit in der Begründung der Regierung zum Entwurf des R. K. G. mit Recht abgelehnt wurde.

Die nicht wesentlichen bergmännischen Arbeiten verrichtenden Pensionenmitglieder werden durch das nach § 26 des R. K. G. geschaffene ungleiche Recht sehr benachteiligt und die im Christlichen Metallarbeiterverband organisierten Zechenmetallarbeiter verlangten schon am 1. November 24 in einer Entschiedenheit, daß ihnen bei gleichen Leistungen in der Beitragsleistung auch gleiche Rechte in der Rassenleistung gegeben werden müßten. — Wohlwollige Forderungen kommen aus Angestelltenkreisen. Der Abgeordnete Thiel hat in einem dem Reichstag eingereichten Antrag verlangt, daß die Alterspension der Bergbauangehörigen eine Regelung erfahren soll, bei der die jetzige starke Beitragsbelastung der für die Vorteile des § 26 R. K. G. nicht in Betracht kommenden Kaufmannsgesellen auf das notwendige Ausmaß zurückgeführt wird. Und eine am 8. Februar in Essen stattgefundene gemeinsame Kundgebung des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes und des Verbandes kaufmännischer Grubenbeamten hat ebenfalls im Verhältnisse zu der ungleichen Leistungsverteilung auf Grund des § 26 eine entsprechende Festlegung der Beiträge verlangt.

Die Leistung des 1. Bezirkes des Christlichen Metallarbeiterverbandes hat inzwischen eine Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gerichtet, in welcher beantragt wird, daß die im § 26 des R. K. G. vorgesehenen Leistungen der Alterspension für alle Mitglieder in gleichem Maße gewährt werden, wie es auch dem Gerechtigkeitsgefühl entspricht. Die Gewährung der Alterspension darf, wenn die sonstigen Voraussetzungen erfüllt sind, nicht von der Verrichtung wesentlicher bergmännischer Arbeit abhängig gemacht werden. Offenlich wird der Reichstag für die baldige Erfüllung dieser berechtigten Forderung Verständnis haben.

Wenn nicht der Reichsarbeitsminister persönlich seine Teilnahme an dem jetzt bestehenden Kabinett Luther von der Möglichkeit dieser Verordnung abhängig gemacht hätte, die Verordnung tritt am 1. April 1925 in Kraft. Ob eine weitere Reform auch für die übrigen Bezirke der Metallindustrie möglich ist, hängt davon ab, in welchem Umfange die betroffenen Arbeiter den Weg zu der gewerkschaftlichen Organisation finden.

Neben dieser Arbeit ging natürlich die Bearbeitung der Kleinbetriebe vor sich. Der Tariflohn betrug für den Handwerker:

Gruppen	Jahres-Anfang 1924	Jahres-Ende 1924	Steigerung in %
Nordwestgruppe	50 Pfg.	60 Pfg.	20 %
Gas — Wasser	53 Pfg.	65 Pfg.	23 %
Chemische Industrie	49 Pfg.	66 Pfg.	29 %
Zechenmetallarbeiter	45,7 Pfg.	61 Pfg.	36 %
Elektrotechnische Industrie	60 Pfg.	70 Pfg.	16 %
Büromaschinenmechaniker	70 Pfg.	87 Pfg.	24 %
Klempner — Installateure	55 Pfg.	86 Pfg.	55 %
Schlosser-Gewerbe	64 Pfg.	75 Pfg.	17 %
Heizungsmonteur	65 Pfg.	69 Pfg.	6 %

Trotzdem das Streikfever überall sehr stark war, war es möglich, ohne größere Streiks auszukommen. Wenn auch die Löhne relativ nicht über den Friedenslöhnen liegen, so muß doch zugegeben werden, daß unter Berücksichtigung des verlorenen Krieges und der sich daraus ergebenden allgemeinen Belastungen, die Lebenslage der Arbeiter, durch die ruhige Tätigkeit der Organisationen, halbwegs tragbar blieb. Bei der Gelegenheit muß allem Mitarbeitern gedankt werden, welche durch ihre mannhaften Entschlossenheit die Interessen ihrer Berufscollegen mit Entschiedenheit zu vertreten. Am 18. Februar d. Js. wurde wiederum eine menschenwürdige Lohnverhöhung für die Arbeiter im Bereich der nordwestlichen Gruppe erzielt, außerdem die Arbeitszeit für die weiterverarbeitende Industrie von 57 1/2 Stunden auf 56 Stunden pro Woche ermäßigt. Wenn auch in der Arbeitszeitfrage noch manches zu tun bleibt, sind wir doch zuversichtlich, wenn unser Vertrauensmännerkörper zu den größten Opfern jederzeit bereit ist.

Die Agitation und Mitgliederbewegung ließ in dem Berichtsjahr infolge der Schwierigkeiten zu wünschen übrig. In Neuaufnahmen waren im ganzen Jahre 2738, an Übertritten 1234 zu verzeichnen. Die Zahl der Übertritte und Neuaufnahmen in den Monaten Januar und Februar d. Js. hat die Zahl 2000 bereits überschritten. Die Einnahmen für die Hauptkasse steigerten sich vom Monat Januar zum Monat Dezember um 70 Prozent. Der Markenwert liegt innerhalb des Jahres um 24 Pfg. auf 63 Pfg. und betrug im Monat Januar d. Js. 72 Pfg.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Opferarbeit und die Finanzkraft in unserem Bezirk im Steigen begriffen ist. Wenn diese Grundbedingung der Organisation wieder festgestellt ist, ist es leicht möglich, bei der Genesung unseres Verbandes für die Mitglieder größere Erfolge zu erzielen.

Wenn Ihr Wert liegt auf Euer Mitbestimmungsrecht in der Wirtschaft, dann sorgt für eine gründliche Vorbereitung der Betriebsrätewahlen!

Die Tätigkeit des Bezirksleiters war im Berichtsjahr außerordentlich rege, galt es doch im Anfang des Jahres die Schwierigkeiten zu meistern, welche sich auf Grund der abgeschlossenen Verträge ergaben. Es war bei 63 Versammlungen, 52 Sitzungen, 68 Verhandlungen, 50 Konferenzen, 17 Besprechungen 12 Abrechnungen und 6 Besichtigungen tätig. Außerdem war der Bezirksleiter in verschiedenen Konferenzen und Versammlungen außerhalb des Bezirks anwesend.

Dank der außerordentlichen Tätigkeit der Angestellten, Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute war es möglich, die allgemeine Stimmung innerhalb des Jahres umzustellen. Wenn im Anfang des Jahres 1924 eine verzweifelte Situation vorherrschte, so dürfen wir heute ohne Übertreibung sagen, daß durch unsere Arbeit wieder neuer Mut und Begeisterung in die Reihen der Metallarbeiter hineingetragen wurde. Die Versammlungen sind zur Zeit durchweg gut besucht, allenthalben wird den Vertretern unseres Verbandes Anerkennung gezollt. Die gegnerischen Organisationen geben heute offen zu, daß unsere Tatkraft in der Lohn- und Arbeitszeitfrage richtig war, selbst die Kommunisten wagen hier und da nur bescheidene Angriffe. Die Arbeiterpresse läßt keine Gelegenheit verstreichen, um unserer Organisation eine auszuweichen, weil ihr bekannt ist, daß der Christliche Metallarbeiterverband die einflussreichste Organisation im Industriegebiet ist, welche mit der größten Fähigkeit den Arbeitern den Weg ebnet, den dieselben gehen müssen, um einen auskömmlichen Lohn zu verdienen, eine tragbare Arbeitszeit zu erlangen, so daß wieder Gesundheit und Zufriedenheit in die Familien der Arbeiterschaft einziehen kann.

- Folgende gestellten Anträge wurden glatt erledigt:
1. der Reichsregierung eine Eingabe zu unterbreiten, wonach die Sozialgesetzgebung weiter ausgebaut werden muß und dargelegt wird, wie dringend notwendig die Erhöhung der Alters-, Invaliden- und Unfallrente ist;
 2. zu den Verhandlungen mit der Nordwestlichen Gruppe Kollegen aus dem Arbeitsverhältnis zuzuziehen.

Beschluß: Die Ortsverwaltungen haben in einer Vertrauensmännerziehung den Kollegen zu wählen, welcher an den Vorbereitungen teilnehmen soll. Im übrigen hat der Bezirksleiter das Recht, zu den Verhandlungen selbst einen geeigneten Kollegen zuzuziehen.

3. Die Beiträge im Bezirk sollen in allen Verwaltungsteilen gleichmäßig sein.
4. Den Hauptvorstand zu ersuchen, für die Zechenmetallarbeiter einen Kollegen hauptsächlich zu beschäftigen.

Die dann folgende Aussprache stand auf einer beachtlichen Höhe und zeugte von echtem, christlichen Gewerkschaftsgeist.

Der Delegiert für das Betriebsrätewesen, Kollege Maier, verstand es, in einem eingehenden Referat die Dicht- und Schattenseiten der fünfjährigen Betriebsrätepraxis herauszustellen. Die Aufgaben der Betriebsrätemitglieder wurden in allen Einzelheiten klargestellt. Insbesondere verstand der Referent es meisterhaft, auf die nächsten Betriebsrätewahlen hinzuweisen und Forderungen für eine erfolgreiche Wahlpropaganda zu geben.

Ein Genoss war es, dem alten, ergrauten Verbandsvorstandes angehört, welcher in herber Weise den Nachweis führte, daß keine Organisation so früh und so energisch für die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit in der Metallindustrie eingetreten sei, als der Christliche Metallarbeiterverband. Der Verbandsvorstand versicherte den Delegierten, daß, so lange er noch an der Spitze des Verbandes stehe, kein Mittel unversucht bleibe, um den Metallarbeitern, vornehmlich in der Schwerindustrie, in der Wirtschaft den Platz und Einfluß zu verschaffen, welcher diesen auf Grund der Wichtigkeit ihres Berufes und der so notwendigen Produktion für die Volkswirtschaft im deutschen Vaterlande zustehe.

Nach einem kurzen Schlusssatz des Bezirksleiters, mit dem Danke für die eifrige Mitarbeit und dem Verprechen, im laufenden Jahre den Bezirk wieder auf die alte Höhe und Schlagkraft zu bringen, konnte die in allen Teilen einhellig verlaufene Konferenz ihren Abschluß finden.

Leipzig. Unsere Verwaltungsstelle veranstaltete am Sonntag, dem 31. Januar 1925 eine gut besuchte Mitgliederversammlung im Gefellenhaus. Herr Oberstudienrat Trost sprach über das Thema: „Die gewerbliche Ausbildung der Metallarbeiter an den technischen Lehranstalten der Stadt Leipzig.“ Der Redner schilderte zunächst den geschichtlichen Werdegang der Fortbildungs- und Gewerbeschulen und dann an Hand von freundlichen zur Verfügung gestellten Lichtbildern in anschaulicher Weise die praktischen Arbeiten und Einrichtungen dieser Berufsschulen zu zeigen. Bereits nach den Kriegsjahren 1870/71 waren es einzelne Männer wie Bausch u. a., die sich bemühten, in die damals bestehenden Handwerker- und Gewerbeschulen eine einheitliche Linie zu bringen. Aber nur in den Städten Hamburg, Breslau und Potsdam hatten sich die Anstalten durchgesetzt. In Leipzig löste die städtische Gewerbeschule im Jahre 1875 die bis dahin vorhandenen Privatschulen ab. Seit nunmehr 50 Jahren haben es die Lehrer und Leiter dieser Anstalt verstanden, in vorbildlicher Weise dem gewerblichen Nachwuchs Kenntnisse zu übermitteln, die vielen der Schüler im späteren Erfindungsstadium gute Dienste geleistet haben. Nicht wenige von ihnen stehen heute in den verantwortungsvollsten Stellen der deutschen und ausländischen Technik und des Kunstgewerbes. Es ist deshalb verständlich, wenn maßgebende Kreise bestrebt sind, die unzureichlichen Lehranstalten noch weiter auszubauen, umso mehr als Leipzig der Sitz der technischen Klasse und damit Mittelpunkt hervorragender Fachkräfte ist. Es ist nur zu wünschen, daß noch eine engere Verbindung zwischen Theorie und Praxis geschaffen wird.

Der Beifall und die anschließende rege Aussprache bewies, mit welchem Interesse die Teilnehmer den eingehenden Ausführungen gefolgt waren.

Unter Berücksichtigung des Berichtes unser Sekretär Krumdorf über die guten Erfolge der Vertrauensleute in Bezug auf Mitgliederwerbung und Spornie alle Kollegen zu weiterer treuer Mitarbeit an. Hoffentlich lassen die Kollegen von Leipzig in ihrer Arbeit für den Verband nicht locker. Notwendig ist es allerdings, daß ein größerer Kreis von Kollegen sich für diese Arbeit interessiert. Je größer die Zahl der Mitarbeiter, desto größer wird auch der agitatorische Erfolg sein.

Verlangten die Gewerkschaften oder die Gewerkschaftler im Siegerland?

Die Verwaltungsstelle Siegen des Christlichen Metallarbeiterverbandes hielt am Mittwoch, dem 11. Februar eine Kart besuchte

Sitz da in der richtigen Beitragsklasse?

Vom Zahlen in der richtigen Beitragsklasse hängt die Finanzkraft unseres Verbandes und damit auch seine Erfolgsmöglichkeit zur Befreiung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ab.

Branchenversammlung der Blechwalzer ab. Der Referent, Kollege Haas-Siegen, ging in seinen interessanten Ausführungen auch auf die Frage ein: Haben die Gewerkschaften verfangt? Eine Phrase und faule Entschuldigung, auf die sich heute alle faulen und betragscheuen Arbeiter berufen. Kollege Haas führte hierzu etwa folgendes aus: Als zu Anfang des vorigen Jahres die Wirtschafstriefe ausbrach, gaben die Arbeitgeber die Parole aus daß bei Wiederaufnahme der Betriebe $\frac{2}{3}$ des Friedenslohnes als ausreichend betrachtet werden müßten. Ueberall versuchte man diese Maßnahme durchzusetzen und auch der Arbeitgeberverband der Siegerländer Gruben und Hütten machte den Metallarbeiterverbänden mit dem ersten Gesicht von der Welt den Vorschlag den Facharbeiterlohn auf 0,23 M pro Stunde festzusetzen.

Die Metallarbeiterverbände haben trotz der mangelhaften Unterstützung durch ihre Mitglieder nicht allein den Lohnabbau verhindert, sondern sie haben auch im Laufe des Jahres 1924 den Spitzenlohn von 0,43 auf 0,53 M erhöhen können.

Wesentlich anders liegen die Dinge da wo die Arbeiter, d. h. die Gewerkschaftler, sowie die letzte Bezeichnung verdienen, auf sich angewiesen waren. Laut Rahmentarif für die Siegerländer Metallindustrie werden die Arbeiter in den Betrieben zwischen Arbeitern und Arbeitgebern vereinbart. Als im vergangenen Jahre die Betriebe nach und nach ihre Produktion wieder aufnahmen, sind die Arbeiter, ohne die Gewerkschaften zu fragen, auf Affordbedingungen eingegangen, die jeder Beschreibungs spotten. Auf Grund sorgfältiger Erhebungen habe er festgestellt, daß in fast allen Betrieben, namentlich aber in den Walzwerken, die Afforde um mehr als $\frac{1}{2}$ bis zu 50 Prozent gekürzt sind. Also haben die Arbeitgeber da, wo die Arbeiter ohne Bestand der Gewerkschaften Lohn- bzw. Afforderegulungen getroffen haben, ihr Ziel erreicht.

„Das ist fortgeschmeerte Saifd“

Unsere Heberschrift aus dem Mülheimer Wirtdeutsch ins Hochdeutsche überleitet heißt: „Das ist weggefahren Geld“, nämlich — die Gewerkschaftsbeiträge, so hört man vielfach unorganisierte Arbeiter sagen, um damit ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber der Organisation zu entzweifeln. Es soll aber auch Verbandsmitglieder geben, die gelegentlich in ungewöhnlicher Gedanklosigkeit sich ähnlich äußern. Im Nachfolgenden bringen wir nur einen ganz kleinen Ausschnitt aus der gewerkschaftlichen Praxis, über Tätigkeit und Erfolge der Verwaltungsstelle Mülheim, Oberhauenerstraße des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Jahre 1924. Jeder denkende Arbeiter, der unvoreingenommen und aufrichtig diese Tatsachen prüft, muß mit uns der Meinung sein, daß Aufstellungen, wie oben, zu verurteilen haben, und nur Böswillige so abfällig über den Wert der Organisation urteilen können. Lassen wir die Tatsachen sprechen:

Im Januar 1924 wurde in der hiesigen Metallindustrie mit den Papiermarktlöhnen Schluß gemacht und eine neue Lohnanbahnung in festen Sätzen auf Goldmarkbasis eingeführt. Da der sozialdemokratische Metallarbeiterverband damals auf Grund seiner Haltung in der Arbeitszeitfrage von den Unternehmern als Verbändler und Vertagskontrahent abgelehnt wurde, so mußte unser Verband in der Hauptfrage die Verantwortung für die Lohnregelung tragen. Die damals erzielten Lohnsätze waren zurzeit der Festlegung in der Metallindustrie die höchsten im ganzen Reichsgebiet. In anderen Orten hatte man zu früh und dann aber auch zu niedrige Goldlöhne vereinbart. Für die Höhe und die Steigerung der Löhne im Jahre 1924 mögen folgende Zahlen als Maßstab dienen: Facharbeiter Januar 50 Btg., Stundenlohn, Dezember 60 Btg., Hilfsarbeiter Januar 40 Btg., Dezember 48 Btg., und dazwischen sind die angelernten Arbeiter eingruppiert. Die Affordverbände sind sehr stark differenziert und bewegen sich etwa zwischen 20 bis 50 Prozent über obigen Tariflohnätzen. Die im Laufe des Jahres eingetretene 20prozentige Lohnsteigerung wurde in zwei Lohnbewegungen erzielt. Die Lohnsteigerungen pro Monat betragen machen etwa 21 bis 26 Mark pro Kopf aus. An Verbandsbeiträgen waren demgegenüber etwa 4 Mark zu zahlen. Glaubt jemand, daß etwa ohne Organisation diese Lohnverbesserungen hätten erzielt werden können? Mögen die Löhne auch in Anbetracht der Teuerung vom sozialen Gesichtspunkte aus gesehen als viel zu niedrig bezeichnet werden müssen: so ist andererseits hinreichend bekannt, daß sie den Unternehmern viel zu hoch sind.

Wer den Einfluß der Gewerkschaften auf die Gestaltung der Lohnverhältnisse richtig ermitteln will, muß folgendes ins Auge fassen: Eine Wirtschaftskrise, wie wir sie im Jahre 1923 und 24 erlebt haben, steht einzig in der deutschen Wirtschaft da. Die einzige Krise, die in etwa in ihrer Schwere und katastrophalen Wirkung, zum Vergleich herangezogen werden könnte, ist die Krise in den Jahren 1874—76. Es ist interessant, zu prüfen, wie stark sich damals die Krise auf die Lohngestaltung auswirkte. Während in den vorhergehenden Jahren, der sogenannten Gründerperiode, infolge der glänzenden Konjunktur die Löhne, vornehmlich der gelernteren Facharbeiter, eine für die damalige Zeit außergewöhnliche Höhe erreicht hatten, so folgte, als die Krise einsetzte, ein katastrophaler Rückschlag in den Lohnätzen. Leute, die vorher 6—8 Mark pro Tag verdient hatten, erhielten in der Krisenperiode Löhne von 1,60 Mark bis etwa 2,50 Mark pro Tag. Die Arbeitszeit war unbeschränkt und 12—16 Stunden täglich die Regel. Um die Hunderttausende von Arbeitlosen kümmernte sich damals niemand. Demgegenüber vergleiche man den jetzigen Verlauf der Dinge. Glaubt man etwa, daß die Unternehmer von sich aus ähnliche Härten vermeiden hätten, wie sie damals in die Erscheinung getreten sind? Man muß bedenken, daß in Krisenzeiten auch der Unternehmer um seine Existenz fürchtet und daß die schmerzhaften Elemente in der Regel in Krisenzeiten noch mehr wie sonst in den Arbeitgeberorganisationen den Ton angeben. Wenn die Dinge jetzt anders verlaufen sind, so hat dieses die Arbeiterkraft in der Hauptsache den Gewerkschaften zu verdanken. Daß die Gewerkschaften nicht mehr erreichen konnten, wie sie erreicht haben, ist neben der ungünstigen Wirtschaftslage Schuld eines großen Teiles der Arbeiter selbst. Statt die Gewerkschaften zu unterstützen, hat ein großer Teil der Arbeiter ihnen sogar noch Schwierigkeiten gemacht und in kurzfristiger Verblendung gegen die eigene Interessenvertretung gehetzt.

In der Arbeitszeitfrage gibt es immer noch Leute, die die Gewerkschaften für den Verlust des Achtstundentages verantwortlich machen wollen. In diesem Zusammenhang können wir allerdings nicht näher darauf eingehen, behalten uns das für später vor. Nur soviel sei gesagt, daß es keine größere Torheit und Verblendung geben kann, als wenn die Arbeiter ihre eigenen Vertretungen antizipieren, anstatt nach den wirklichen Ursachen und Schuldigen zu forschen. Bei der Katastrophe im Winter 1923 war nach Lage der Dinge nicht mehr zu retten, wie bereits worden ist. Das aber auch in der Arbeitszeitfrage die Gewerkschaften auf dem Felde sind und insbesondere der Christliche Metallarbeiterverband keine Pflicht getan hat, beweisen die Ergebnisse des Jahres 1924. Bereits im Mai 1924 trat der Christliche Metallarbeiterverband mit einer Eingabe an die gesetzgebenden Körperschaften heran, wodurch die Festlegung der dreiteiligen achtstündigen Schicht als Höchst-

während die Gewerkschaften in zäher Arbeit den Tariflohn nicht allein gehalten, sondern auch noch wesentlich aufgebessert haben. Aus diesen Darlegungen geht klipp und klar hervor, was es mit der Behauptung, daß die Gewerkschaften verfangt haben, auf sich hat, und nicht die Gewerkschaften, sondern die Gewerkschaftler verfangt haben.

Bekanntmachung

Sonntag, den 15. März ist der 12. Wochenbeitrag fällig.

Briefkasten

Sunscht u. A. Hoffentlich zeigen jetzt unsere Kollegen im Bezirk, daß sie ebenfalls Interesse an der Hausagitation, wie am Verammlungsbesuch haben.

Delbe, Hhlen. Recht so! Die Unterrichtskurse müssen möglichst agitatorische Auswirkungen haben, dann erfüllen sie ihren Zweck. Im übrigen könnte sich manche größere Verwaltungsstelle an eurem Kurus ein Beispiel nehmen.

Wien-Berndt. Für Euren freundlichen Werbergruß herzlichen Dank. Eure Arbeit und eure Erfolge in der Hausagitation, durch die auch am letzten Sonntag wieder 51 Kollegen für den Verband gewonnen wurden, beweisen, daß noch guter Geist unter Euch herrscht. Nur weiter so, Euch zur Ehre und Ruh, andern zur Nachahmung.

arbeitzeit für die Feuerbetriebe der Großindustrie verlangt wurde. Es folgte dann eine ganze Kette von ernstlichen Bemühungen und scharfen Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum. Der erste Erfolg dieser Arbeiten liegt jetzt vor, indem für die Hochöfenbetriebe und Kokereien der achtstündige Höchst- arbeitszeit durch Verordnung festgelegt ist. In der gleichen Zeit haben sich die sozialistischen Gewerkschaften auf Schlagworte beschränkt. Da die weiteste Öffentlichkeit in der Arbeitszeitfrage mit den Arbeitern sympathisiert und vornehmlich infolge der Aufführungsarbeit des christlichen Gewerkschaften auch die beiden großen Kirchengemeinschaften sich entschieden für eine gerechte Lösung dieses Problems ausgesprochen haben, darf man hoffen, daß es bei der sich allmählich verbessernden Wirtschaftslage gelingen wird, den berechtigten Wünschen der Arbeiter auch in Bezug auf die Arbeitszeit weitgehend gerecht zu werden.

Damit ist aber das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften noch längst nicht abgeschlossen. Eine Umsomme von Arbeit wurde z. B. geleistet, um den Spitzen der Bewegung die Unterlagen zu liefern für die Beeinflussung der sozialen Gesetzgebung, im allgemeinen und die Vertretung der Arbeiterinteressen bei den zuständigen Reichs- und Staatsstellen. Auch waren die örtlichen Stellen bestrebt, auf kommunalem Gebiete die Interessen der Arbeiter nach Möglichkeit zu wahren.

Auf dem Gebiete der Rechtschutzbewahrung und Vertretung wurde im Jahre 1924 Außergewöhnliches geleistet. Die Statistik enthält darüber folgende Angaben: Mündliche Auskünfte und Beratungen wurden 1922 durch die Angestellten des Christlichen Metallarbeiterverbandes im Bereich der Verwaltungsstelle an die Mitglieder erteilt. 270 teils sehr umfangreiche Schriftsätze wurden angefertigt und in 381 Fällen die persönliche Vertretung übernommen. Eingeschlossen sind hierbei die großen Klagesachen gegen die Firma Thyssen in Mülheim, die sich auf die gesamte Belegschaft erstreckten. Zum Teil durch obliegende Urteile und zum Teil durch Vergleich wurde erreicht, daß der Arbeiterchaft des genannten Werks große Summen gerettet worden sind. Bei der Friedrich-Wilhelms-Hütte in Mülheim liegen die Verhältnisse ähnlich so, auch dort kam ein für die Arbeiter günstiger Vergleich zustande. Diese großen Rechtsstreitigkeiten wurden in Gemeinschaft mit den übrigen Verbänden durchgeführt. Aber auch bei den sonstigen Einzelklagen handelte es sich zum Teil um namhafte Beträge. Wir glauben nicht zu hoch zu greifen, wenn wir annehmen, daß durch die Tätigkeit unseres Verbandes und teils in Gemeinschaft mit den übrigen Verbänden für die Arbeiterchaft insgesamt mehr wie eine halbe Million Mark herausgeholt worden ist. Für die Mitglieder unseres Verbandes in Mülheim-Oberhausen und Sterkrade dürfte nicht weniger wie annähernd 100 000 Mark durch Rechtschutzgewahrung herausgeholt sein. Hierbei handelt es sich lediglich um Sachen, die durch die Geschäftsstellen des Verbandes bearbeitet wurden. Statistisch nicht erfasst sind die Tausende von Fällen, wo die Vertrauensleute und Arbeiterräte des Verbandes in den Betrieben für die Arbeiter bzw. Mitglieder erfolgreich tätig gewesen sind. Wer vermag ferner den Vorteil zu erfassen, der den Mitgliedern dadurch zugute kommt, daß sie durch den Verband über ihre Rechtsansprüche jederzeit praktisch aufgeklärt und befehrt werden. In circa 700 Versammlungen und Sitzungen, 450 Rundschreiben und Flugblättern mit einer Gesamtzahl von circa 100 000 wurde den Mitgliedern Gelegenheit geboten, sich über die wirtschaftlichen Zusammenhänge zu unterrichten und Material geliefert zwecks Förderung ihres geistigen und wirtschaftlichen Fortkommens.

Wer angesichts dieser Tatsachen noch an den Wert der gewerkschaftlichen Organisationen zweifelt, dem ist wirklich nicht mehr zu helfen. Es gibt, abgesehen von den Konjunktionsgesellschaften, keine Einrichtung, wo der Arbeiter für sein eingezahltes Geld eine so hohe Gegenleistung erhält. Dieses alles wird geschaffen in einem Jahr ungünstigster Wirtschaftslage und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß ein großer Teil der Arbeiter nicht organisiert war, zum Teil sogar eine feindliche Haltung gegenüber den Gewerkschaften einnahm. Gerade diese unorganisierten Arbeiter haben es in der Hand, den Erfolg der gewerkschaftlichen Arbeit steigern zu helfen, indem sie sich selbst wieder aktiv an der gewerkschaftlichen Arbeit beteiligen. Diese Wahrheit ist auch inzwischen von vielen erkannt worden, und ein erfreulicher Aufschwung der gewerkschaftlichen Bewegung ist in den letzten Wochen bereits eingetreten. In alle christlich-national denkenden Arbeiter richten wir die Frage und den dringenden Appell: Wollt ihr weiter absteigen stehen bleiben und die Verantwortung dafür übernehmen, daß der Christliche Metallarbeiterverband bei der weiteren Entfaltung der Dinge nicht die Stärke erreicht, um den Einfluß auf den Gang der Dinge ausüben zu können, der notwendig ist, um eine gesunde und fortschrittlich soziale Entwicklung für die Zukunft zu gewährleisten? Die kommunistische Parteileitung hat ihren Anhängern befohlen, sich reiflos den Organisationen (vornehmlich freien Gewerkschaften) anzuschließen. Was dieses zu bedeuten hat, weiß jeder, der die Verhältnisse in den letzten Jahren genauer verfolgt hat. Es ergibt sich daraus die Gewissenspflicht für alle christlich und national denkenden Arbeiter, sich nunmehr wieder alle ohne Ausnahme aktiv in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zu betätigen. „Er“